

**Vorlage
für die Sitzung
der Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)
am 06.02.2014**

**„Bremen darf den Bus nicht verpassen“
Bericht der Deputation zum Antrag der Fraktion der CDU**

A. Problem

Die Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat am 18.06.2013 den Antrag der Fraktion der CDU „Bremen darf den Bus nicht verpassen“ (Drs. 18/331 S) zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie überwiesen.

B. Lösung

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) legt den anliegenden Bericht als Beratungsergebnis gemäß der Überweisung der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) vor.

C. Finanzielle und personalwirtschaftlichen Auswirkungen

Durch die Berichterstattung zum Antrag fallen keine Kosten an.

Die Kosten für die unabhängig vom Beschluss der Bürgerschaft geplante Durchführung der Standortuntersuchung sind im Haushalt SUBV vorhanden. Das zu erstellende Standortkonzept und die Finanzierung von Maßnahmen werden der Deputation zu gegebener Zeit vorgelegt werden.

D. Gender-Belange

Genderbelange werden bei der laufenden Untersuchung berücksichtigt. Bei einer möglichen Neu-/ Umgestaltung des Busbahnhofs werden neben Genderbelangen insbesondere die Belange mobilitätseingeschränkter Menschen Berücksichtigung finden.

E. Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen abgestimmt.

F. Beschlussvorschlag:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Berichtsentwurf entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).

Anlage: Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S).

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 06.02.2014

1. Problem:

Die Fraktion der CDU hat folgenden Antrag an die Bremische Bürgerschaft gestellt (Drucksache 18/331 S):

„Bremen darf den Bus nicht verpassen!“

Am 1. Januar 2013 ist das Monopol der Deutschen Bahn auf innerdeutsche Fernstrecken gefallen. Seit dieser Liberalisierung hat sich das Angebot im Fernbuslinienverkehr in ganz Deutschland verdoppelt. In Hamburg, wo es einen modernen Busbahnhof gibt, werden künftig 150 zusätzliche Busverbindungen erwartet. Um Bremen machen viele Busbetreiber jedoch einen großen Bogen. Der Grund dafür ist die mangelnde Infrastruktur: Am Breitenweg gibt es keine Unterstellmöglichkeiten, keine Toiletten und stets Konfrontationen mit den Fahrradfahrern, weil die Fahrbahn zwischen Bus und Wartebereich verläuft. Schon vor der Liberalisierung des Busnetzes war der Busbahnhof am Breitenweg vollkommen überbelastet, kommen nun weitere Buslinien hinzu, droht der Kollaps.

Die infrastrukturellen Probleme am Zentralen Omnibusbahnhof in Bremen sind seit langem bekannt und auch die Liberalisierung wurde frühzeitig angekündigt, doch passiert ist bis heute nichts. Wird die Situation am Breitenweg nicht endlich verbessert oder eine alternative Lösung gefunden, läuft Bremen Gefahr aus dem deutschen Fernbuslinienverkehr ausgeschlossen zu werden. Für den Tourismus wäre diese Entwicklung eine Katastrophe. Bremen kann es sich einfach nicht leisten diesen Trend zu verpassen, denn erhebliche Einnahmen würden dadurch verloren gehen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine infrastrukturelle Lösung für den Zentralen Omnibusbahnhof in Bremen zu erarbeiten, die den Ansprüchen der Fernbuslinienverkehre gerecht wird.
2. mit Unternehmen aus dem Fernbuslinienverkehr in Kontakt zu treten,
 - a. um für die Einbindung Bremens ins nationale Fernbusliniennetz zu werben.
 - b. um Bremen in den Reiseprospekten der Veranstalter zu vermarkten.
3. den Fernbuslinienverkehr in das touristische Gesamtkonzept einzuarbeiten.“

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat in ihrer Sitzung am 18. Juni 2013 diesen Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie überwiesen.

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie hat in ihrer Sitzung am 06.02.2014 den Antrag beraten und gibt folgenden Bericht ab:

2. Sachdarstellung

Als Folge der Öffnung des innerdeutschen Fernbus-Linienverkehrs wird erwartet, dass die Reisemöglichkeiten mit Fernbussen zwischen den Städten erweitert werden und sich Angebote im Niedrigpreissegment für preissensible Reisende entwickeln. Wie neu eingerichtete, innerdeutsche Fernbusverbindungen (9 Linien im laufenden Jahr) zeigen, wird die Stadt Bremen an dieser Entwicklung teilhaben. Bremen weist aktuell ein Angebot von 100 Fernbuslinien auf, davon 87 Linien im internationalen Verkehr. In der Zukunft wird eine weitere Zunahme des Fernbuslinienangebots von und nach Bremen erwartet.

Mit dem steigenden Fernbuslinienangebot und der damit verbundenen Änderung der Anforderungen an die Infrastruktur ist bedarfsgerecht umzugehen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Klärung der Frage nach einem geeigneten Standort eines Fernbusterminals für den innerdeutschen und internationalen Fernbus-Linienverkehr sowie für den Gelegenheitsverkehr und seiner Einbindung in das Mobilitätsnetz zu. Dazu besteht sowohl hinsichtlich der Eignung des bestehenden Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) als auch potenzieller Alternativstandorte Untersuchungsbedarf.

Der ZOB in der Bremer Innenstadt, aufgeteilt auf die Haltebereiche Breitenweg (Fernbus- Linienverkehr) und Hugo-Schauinsland-Platz (Gelegenheitsverkehr), ist wenig nutzerfreundlich ausgestattet. Trotz punktueller Verbesserungen, wie der Einrichtung eines witterungsgeschützten Fahrgastunterstandes und der Erweiterung der Aufstellfläche für wartende Fahrgäste durch Rückbau einer Halteposition, bestehen Konfliktpunkte mit den übrigen Verkehrsteilnehmern. Es ist daher zu überprüfen, ob dieser Standort den gestiegenen Anforderungen seitens der Betreiber und der Nutzer im Fernbus- und Gelegenheitsverkehr gerecht werden kann und für die Aufnahme der zukünftigen Verkehrsnachfrage geeignet ist. Dabei ist für den Standort Breitenweg und die Bahnhofsvorstadt die weitere städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen.

Im Rahmen der verkehrlichen Untersuchung zum Konzept Bremen Innenstadt 2025 wurde die Machbarkeit für einen alternativen Standort am ehemaligen Güterbahnhof in unmittelbarer Nähe zum heutigen ZOB- Standort Hugo-Schauinsland-Platz (Gelegenheitsverkehre) untersucht. Die Untersuchung hat ergeben, dass die Größe der vorhandenen Fläche für die Anlage eines ZOB grundsätzlich geeignet ist. Mit einer Anlage in Form einer Insellösung mit Schrägeinstellplätzen könnten nach ersten Abschätzungen etwa 16 Bussteige, eine Kiss+Ride-Anlage, ein Taxistand und zusätzliche Wartepositionen für Busse realisiert werden. Dabei wurden auch Aufenthaltsbereiche und Einrichtungen zum Ticketverkauf und WC berücksichtigt. Die Erschließung der Anlage kann über die Bgm.-Smidt-Straße erfolgen.

Seitens der Flughafen Bremen GmbH ist eine Fläche an der Henrich-Focke-Straße (Airport-Stadt) hinsichtlich ihrer Eignung für die Aufnahme eines Fernbusterminals geprüft worden. Auch für diesen Standort wurde die grundsätzliche Eignung der Fläche bei vergleichbaren Kapazitäten und Ausstattungsmöglichkeiten nachgewiesen.

In einem ersten Schritt zur Klärung der Standortfrage hat der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Untersuchung „Fernbusterminal Bremen“ vergeben. Im Rahmen dieser Untersuchung werden u.a. auch die Bedarfe der Busunternehmen und der Nutzerinnen und Nutzer abgefragt. Neben den verkehrlichen und städtebaulichen Rahmenbedingungen, die insbesondere die Perspektiven der Bahnhofsvorstadt als auch der Airport-Stadt betreffen, werden somit auch die Anforderungen der Busunternehmen (Akzeptanz der Standorte, Prognose der Angebotsentwicklung) und der Nutzerinnen und Nutzer einbezogen. Zudem werden die Wechselwirkungen der zu prüfenden Standorte mit den übrigen Verkehrsarten (z.B. Schnittstellen zur BSAG) bewertet. Im Vorfeld wurden Gespräche mit den Busunternehmen, der Flughafen Bremen GmbH, der Stadtentwicklung sowie mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen geführt. Ein weiteres Sondierungs- und Informationsgespräch mit den Busbetreibern und Unternehmern wird Ende Februar stattfinden. Ziel ist es, ein Konzept für einen geeigneten Fernbusterminal-Standort oder für eine Kombination aus mehreren Standorten zu entwickeln, das den Anforderungen hinsichtlich Kundenservice, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, städtebaulicher Attraktivität und Aufenthaltsqualität gerecht wird und dessen infrastrukturelle und betriebliche Erfordernisse definiert. Das bestehende Reisebuskonzept, auf dessen Grundlage heute die Abstellplätze für Reisebusse im Stadtgebiet angelegt sind, ist ggf. flankierend anzupassen. Bei der Erstellung des Konzeptes werden maßgebliche Interessensvertreter, wie die Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen und die Bremer Touristik-Zentrale BTZ beteiligt.

Die Ergebnisse der Standortuntersuchung werden in das touristische Gesamtkonzept eingearbeitet, dazu wird ebenfalls das Wirtschaftsressort an der Untersuchung beteiligt.

Die Untersuchung soll bis Herbst 2014 vorliegen. Das daraus hervorgehende Standortkonzept wird der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vorgelegt werden.

3. Beschlussempfehlung

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stellt fest, dass die im Antrag geforderte infrastrukturelle Lösung bereits erarbeitet wird. Wie gefordert, werden dabei die Busunternehmen einbezogen. Ebenso ist die Einbindung des Standortkonzepts auch hinsichtlich der Fernbuslinien in das touristische Gesamtkonzept gewährleistet.

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie empfiehlt daher der Stadtbürgerschaft, den Antrag der Fraktion der CDU „Bremen darf den Bus nicht verpassen“, Drs. 18/331 S, abzulehnen.

Senator Dr. Joachim Lohse

Jürgen Pohlmann

Vorsitzender der Deputation für Umwelt,
Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie

Sprecher der Deputation für Umwelt,
Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie